

Mainz, 15. Januar 2001
013/2001

Anlässlich der Klausurtagung des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands am 14./15. Januar 2001 in Mainz erklärt die CDU-Vorsitzende **Dr. Angela Merkel**:

Vorsprung für Deutschland – Neues Regieren 2002 Fahrplan 2001

Am Anfang des Jahres 2001 sehen die Menschen mit Spannung und hohen Erwartungen in die Zukunft. Die Menschen sind interessiert am technischen Fortschritt, fasziniert von den neuen Möglichkeiten und motiviert, sie als Chance zu begreifen. Sie tragen durch ihre Arbeit zum Wohlstand Deutschlands bei und engagieren sich millionenfach im Ehrenamt für ihr Land.

Deutschland kann sich angesichts dieser Ausgangslage in vielen Bereichen einen Vorsprung erarbeiten, um wieder im Spitzenfeld der Ländervergleiche zu liegen.

Voraussetzung dafür aber ist eine Politik, die die Probleme beherzt anpackt und langfristig tragfähige Konzepte für die Zukunft unseres Landes, aber auch bei der Bewältigung aktueller Krisen wie z.B. der BSE-Krise entwickelt. Konzepte, Kompetenz, Klarheit – das ist es, was Deutschland braucht. Diesen Ansprüchen wird die Schröder-Regierung in keiner Weise gerecht. Die politischen Maßnahmen und Vorhaben von Rot-Grün sind handwerklich schlecht vorbereitet, lassen jede ordnungspolitische Vorstellung und Richtung vermissen und sind deshalb weit davon entfernt, ein schlüssiges Ganzes zu ergeben.

So werden die Steuersenkungen im Zuge der Steuerreform durch Erhöhungen der Öko-Steuer, steigende Heizkosten und Abgaben in vielen Fällen dazu führen, dass für Familien kaum eine Entlastung eintritt. In den neuen Bundesländern werden die Wirkungen der Steuerreform durch die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze für die Krankenversicherung für viele noch geringer ausfallen als in den alten Bundesländern.

Sieben Ministerrücktritte auf Bundesebene in zwei Jahren machen es den Menschen schwer, sich auf Politiker verlassen zu können. Weitere Minister der Schröder-Regierung weisen große Schwächen auf. Wie soll etwa mit einem Vizekanzler und Außenminister Fischer ohne tatsächliche Reue für Gewalttaten in seiner Jugend der sog. „Aufstand der Anständigen“ organisiert und Gewalt bei Jugendlichen glaubwürdig bekämpft werden? Das alles passt nicht zusammen.

Deshalb ist klar: Deutschland braucht ein „Neues Regieren 2002“

Auf dem Weg dorthin werden wir in diesem Jahr die Kommunalwahlen in Hessen und Niedersachsen und die Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Hamburg gewinnen. Unsere Erneuerung über die Kommunen und Länder schafft eine wichtige Grundlage für eine neue Mehrheit 2002 im Bund.

Neues Regieren 2002 verlangt dann auch, im Jahre 2001 inhaltlich die Weichen für unser Regierungsprogramm 2002 zu stellen. Die im Juni des letzten Jahres eingesetzten Präsidiumskommissionen werden deshalb ihre Arbeit bis Mitte 2001 beenden. Danach werden wir unsere Vorstellungen in der Partei und mit der interessierten Öffentlichkeit breit diskutieren. Die Ergebnisse werden auf unserem Bundesparteitag im Dezember beraten und verabschiedet.

Doch schon heute sind wir programmatisch weiter als alle anderen. Wir werden auf dem Parteitag im Dezember die Antworten auf die Fragen geben können, die sich aus einer veränderten Wirklichkeit stellen. Die Fakten sind klar: Unsere Gesellschaft wird älter, die Arbeitswelt verändert sich, die Globalisierung stellt die nationale Politik in einen internationalen Wettbewerb, die Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht ungeahnte technische Entwicklungen. Unser Regierungsprogramm wird deshalb einen Entwurf für Deutschland im 21. Jahrhundert geben.

Das sind unsere Ziele:

- Wir wollen eine menschliche Lebens- und Arbeitswelt.
Wir brauchen eine entschlossene Politik für mehr Arbeitsplätze. Dafür müssen wir die fördern, die Arbeitsplätze schaffen, insbesondere kleine und mittlere Betriebe und Existenzgründer. Statt Benachteiligung von Personengesellschaften in der

Steuerreform, ungerechte AfA-Tabellen und mehr Gängelung durch Gesetze brauchen kleine und mittlere Unternehmen bessere Rahmenbedingungen, mehr Freiheit und Spielraum für ihre Entwicklung. Die Bundesregierung verschenkt in einer Phase wirtschaftlichen Wachstums durch mehr Bürokratie und Gängelung die Chance zu einem echten Durchbruch auf dem Arbeitsmarkt.

- Wir wollen, dass der, der Hilfe braucht, die Solidarität der anderen erhält. Wer Solidarität anderer in Anspruch nimmt, muss aber umgekehrt den ihm möglichen Beitrag für die Gesellschaft erbringen. Wir müssen von einer Politik des Sozialtransfers zu einer Politik der Sozialinvestitionen kommen. Dazu müssen wir neue Wege gehen, wie es in dem auf dieser Klausurtagung gefassten Beschluss „Chancen für alle, Arbeit für alle“ dargelegt ist.
- Wir wollen eine langfristig tragfähige Reform des Rentensystems. Die jetzt von der Bundesregierung vorgelegte Reform wird diesem Anspruch nicht gerecht (s. Beschluss). Auch die Gesundheitspolitik steckt in der Sackgasse. Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt sofort zu einer Gesundheitspolitik zurückzukehren, die endlich wieder Gerechtigkeit für alle Patienten sicherstellt. Der Weg zu einem Gesundheitssozialismus durch Budgetierung muss schnellstens verlassen werden.
- Wir wollen eine konsequente Politik für mehr Kinder und Vorrang für Familien. Auf unserem kleinen Parteitag 1999 haben wir die Grundlagen für eine moderne Familienpolitik gelegt. Mit der Einführung eines Familiengeldes wollen wir erreichen, dass niemand wegen seiner Entscheidung für Kinder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Ein solches Familiengeld muss für Kinder bis zum Alter von 16 Jahren gelten. Es muss langfristig angelegt sein und in Stufen umgesetzt werden.

Die Entscheidung für Kinder zu fördern, bedeutet auch, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern. Ganztagschulen, Hilfe für die, die Kinder erziehen, Schulesen und in den Ferien geöffnete Kindergärten sind genauso wichtig wie verlässliche Unterrichtszeiten an Schulen.

- Wir wollen ein Europa der Bürger. Dazu werden wir aktiv die Arbeit an einem Verfassungsvertrag vorantreiben. Zu Beginn des Jahres 2002 wird endgültig die D-Mark in den Euro umgetauscht. Dann wird sich zeigen, ob Europa fit ist für den internationalen Wettbewerb. Wir werden alles tun, damit der Euro stabil und stark wie die D-Mark ist. Aber auch dafür sind entschlossene Reformen in unserem eigenen Land die Voraussetzung.
- Wir wollen verlässliche Bündnispartner in der Europäischen Union und der Nato sein. Die CDU will weiterhin die treibende Kraft für die Festigung und Erweiterung der EU sein. Rot-Grün fehlt jede Vision für eine neue Außen- und Sicherheitspolitik. Wir legen mit unserem Beschluss „Leitsätze für eine aktive Außen- und Sicherheitspolitik“ Grundsätze für das 21. Jahrhundert nach Beendigung des kalten Krieges fest.

Vorsprung für Deutschland - das ist das Ziel unserer Politik für die Menschen in Deutschland. Neues Regieren 2002 - das ist die Voraussetzung zur Erreichung dieses Zieles. Die Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in Mainz hat einen klaren Fahrplan für 2001 festgelegt.

Dabei gehen wir unsere Arbeit in dem Bewusstsein an, dass politisches Handeln niemals Selbstzweck sein darf. Sie muss dem Wohl der Menschen dienen, von einem inneren Kompass geleitet sein, die Wirklichkeit richtig aufnehmen und zu Ende gedacht sein. Dafür stehen wir, die CDU Deutschlands, ein.